

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

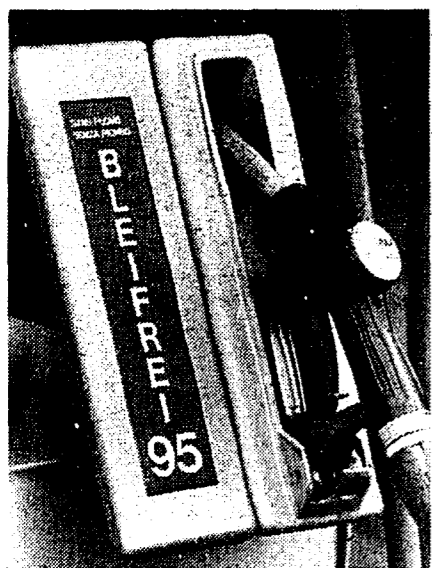
Amtliches Publikationsorgan

90Rp.

## AKTUELL

### Benzin- und Dieselölpreise steigen

Die Treibstoffpreise in der Schweiz steigen auf breiter Front. Die meisten führenden Mineralölgesellschaften gaben am Freitag in einer Umfrage Preisaufschläge um zwei Rappen je Liter Benzin beziehungsweise einen Rappen je Liter Dieselöl bekannt. Die Verteuerung wird sofort wirksam. Neu werden an den Tankstellen für bleifreies Benzin höchstens 1,23 Franken je Liter ver-



Seit gestern ist das Benzin wieder teurer geworden.

langt, wie Shell-Sprecher Eric Zanetti sagte. Ein Liter verbleites Superbenzin kostet höchstens 1,32 Franken, ein Liter Dieselöl 1,27 Franken.

### Cotti besucht Kanada, USA und Deutschland

Bundesrat Flavio Cotti wird in der kommenden Woche den Aussenministern der USA, Kanadas und Deutschlands einen offiziellen Arbeitsbesuch abstatten. Bei den Gesprächen stehe die OSZE im Mittelpunkt, teilte das EDA am Freitag mit. Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wird von Dienstag bis Freitag in Ottawa seinen kanadischen Amtskollegen Andre Quellet, in Washington Aussenminister Warren Christopher und in Bonn Aussenminister Klaus Kinkel treffen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Rolle der OSZE bei der Verwirklichung einer Friedenslösung in Bosnien-Herzegowina.

## Die «liechtensteinische Lösung» funktioniert einwandfrei

Positive Bilanz über die Tätigkeit des neuen Amtes für Zollwesen im ersten Halbjahr – Marktüberwachungssystem hat sich bewährt

(G.M.) – Das Marktüberwachungssystem, das Liechtenstein einführen musste, um die Grenzen zur Schweiz trotz EWR-Beitritt offenhalten zu können, hat sich bewährt. Diese Auffassung vertraten gestern nachmittag an einer Pressekonferenz Regierungschef Dr. Mario Frick, Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter sowie Dr. Hubert Büchel und Wilfried Pircher, die Leiter des Amtes für Zollwesen.

Mit der sogenannten «Parallelen Verkehrsfähigkeit» erhielt das Fürstentum Liechtenstein die Möglichkeit, dass auf seinem Staatsgebiet sowohl Waren nach schweizerischen Normen als auch nach EWR-Standard in Verkehr gebracht werden können. Weil die Grenzen zum Zollvertragspartner Schweiz auch nach dem EWR-Beitritt offen blieben, musste ein Marktüberwachungssystem geschaffen werden, um Umgehungsgeschäfte zu verhindern.

Wie an der Pressekonferenz versichert wurde, handelt es sich nicht um ein sehr weites Gebiet, in dem die Rechtsnormen stark unterschiedlich sind. Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren aus eigenem Antrieb den europäischen Normen stark angeglichen, ohne EWR-Mitglied zu sein. Das Marktüberwachungssystem funktioniert jedoch, wie Regierungschef Dr. Mario Frick und Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter unterstrichen, ohne Probleme. Nach einem halben Jahr Tätigkeit hielt auch der interimistische Leiter des Amtes für Zollwesen, Dr. Hubert Büchel, in einer Erklärung fest, dass die gesetzten Ziele erreicht worden seien: Die «liechtensteinische Lösung» funktioniert einwandfrei.

Mit dem Marktüberwachungs- und Kontrollsystem beschränkt das Amt für Zollwesen den Verkehr mit jenen EWR-



Das Marktüberwachungssystem, das Liechtenstein einführen musste, um die Grenzen zur Schweiz trotz EWR-Beitritt offenhalten zu können, hat sich bewährt. (Archivbild)

Waren, die in der Schweiz nicht zugelassen sind, auf das liechtensteinische Staatsgebiet. Alle Zollquittungen über Importe nach Liechtenstein werden von den 65 schweizerischen Zollstellen sowie von den EWR-Zollstellen Schaanwald und Buchs an das Amt für Zollwesen zur Kontrolle gesandt. Im Durchschnitt erreichen nach Angaben von Wilfried Pircher, Amtsleiter-Stellvertreter, pro Tag 250 Einfuhrmeldungen das mit vier Mit-

arbeitern ausgerüstete Amt.

Verschiedene Ämter wurden in das Überwachungssystem eingebunden, die bei Verdacht auf unzulässigen Umgehungsverkehr bei den Untersuchungen und Ermittlungen mithelfen. Im Bereich des Zollverfahrens konzentriert sich das Amt für Zollwesen auf die Umsetzung der Rechtsvorschriften und auf die EWR-bedingten Überwachungs- und Steuerungsaufgaben. Nach Angaben von

Wilfried Pircher wurden die operativen Tätigkeiten über eine Sondervereinbarung weitgehend in bestehende Strukturen, insbesondere bei der Eidgenössischen Zollverwaltung, integriert. Auch hier, waren sich die Regierungsvertreter und die Mitarbeiter des Amtes für Zollwesen einig, zeigen die bisherigen Erfahrungen ein problemloses Funktionieren. Mehr über die gestrige Pressekonferenz auf Seite 3.

## Erleichterungen für natürliche Personen

Verschiebung der Belastung von hohen zu niedrigen Einkommen

Bern (AP) Bei der direkten Bundessteuer soll die starke Progression und die Belastung von Ehepaaren gemildert werden. Ein von der ständerätlichen WAK am Freitag präsentierter Gegenvorschlag zur Abschaffungs-Initiative will vor allem die mittleren Einkommen entlasten. Die Ausfälle wären mit einem MWST-Prozent auszugleichen.

Eine vollständige Abschaffung der direkten Bundessteuer, wie sie die unter der Federführung des Schweizerischen Gewerbeverbandes eingereichte Initiative verlange, sei weder möglich noch wünschbar, sagte Rosemarie Simmen (CVP/SO), Präsidentin der Kommission

für Wirtschaft und Abgabe des Ständerates. Bei der direkten Bundessteuer handle es sich um das wirksamste Instrument des Finanzausgleichs. Die Volksinitiative wird einstimmig zur Ablehnung empfohlen. Dennoch besteht laut Simmen Handlungsbedarf: Die Kommission habe mit acht zu einer Stimme und einer Enthaltung beschlossen, der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag in der Form einer Kommissionsinitiative entgegenzustellen. Mit diesem werde die Steuerbelastung bei der direkten Bundessteuer für alle steuerpflichtigen natürlichen Personen ermässigt und damit auch die Progression gemildert.

## Für «Agenda der wichtigsten Fragen»

Regierungsparteien sollen sich vor den nächsten Wahlen einigen

Bern (AP) Die Regierungsparteien sollen sich vor den nächsten Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates auf eine «Agenda der wichtigsten Fragen» einigen. Dazu rief am Freitag eine Gruppe von 31 europä- und reformfreundigen Parlamentariern aus FDP, CVP, SP und GPS auf. Die SVP aus der Regierung zu werfen, sei nicht geplant.

Die Parteien, die sich während der nächsten Legislaturperiode an der Regierung beteiligen wollten, müssten sich im Rahmen der Konkordanz über die grundlegende Richtung der Regierungspolitik einigen, sonst mache die Regierungsbeteiligung keinen Sinn, heisst es in

der Erklärung mit dem Titel «Aufforderung zum Dialog über eine konsensfähige Erneuerungspolitik». Dies bedeute aber auch, dass Zugehörigkeit zur Regierung und fundamentale Opposition in wesentlichen Fragen der Zukunftsgestaltung unverträglich seien. Die Erklärung würde jedoch falsch verstanden, wenn sie als Anstoss für den Rauswurf der SVP aus der Regierung verstanden würde, sagte Nationalrat Elmar Ledergger (SP/ZH) zu entsprechenden Interpretationen. «Wir sind keine Putschisten und wollen auch keine werden», doppelte Nationalrat Geo Gamponovo (FDP/TI) nach.

## Grünes Licht für Mehrwertsteuer-Sondersatz für Hotellerie

Auf fünf Jahre begrenzt – Inkrafttreten erst auf 1997 möglich – Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerates stimmte zu

Bern (AP) Die ständerätliche WAK will dem notleidenden Hotelgewerbe mit einem Mehrwertsteuer-Sondersatz entgegenkommen. Sie empfiehlt dem Rat einstimmig, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, doch soll der reduzierte Satz auf fünf Jahre befristet werden. Das Inkrafttreten ist erst auf 1997 möglich.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerates stimmte einem Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Hotellerie mit zehn zu null Stimmen zu, wie Kommissionspräsidentin Rosemarie Simmen am Freitag sagte. Der Sondersatz soll ab 1997 für lediglich fünf Jahre gelten. Eine Einführung auf Mitte kommenden Jahres sei aus technischen Gründen nicht möglich. Der Bundesrat hatte im Juni beschlossen, der Hotellerie einen Sondersatz von drei statt der üblichen 6,5 Prozent zu gewähren, was jährliche Mindereinnahmen von 140 Millionen Franken bringen dürfte. Es bestehe die Hoffnung, dass im Falle einer Verbesse-

rung der Lage im Tourismus auch wieder etwas zurückkomme, und in diesem Sinne verstehe die Kommission die 140 Millionen als ein Maximum, sagte Simmen. Hinter die vom Bundesrat angebehrten zusätzlichen zehn Verwaltungsstellen setze die Kommission ein Fragezeichen. In der Kommission sei die Diskussion nach einer Anhörung von Vertretern der Branche, des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) und der Steuerverwaltung nicht so eindeutig verlaufen, wie das Abstimmungsergebnis erwarten liesse, so Simmen. Der dramatisch verschlechterten Lage in der Hotellerie hätten finanzpolitische Vorbehalte gegenübergestanden. Dennoch habe man ein Zeichen setzen wollen: Zwar sei die Mehrwertsteuer nur ein Faktor unter vielen, der die Hotellerie belaste, doch sei der Mehrwertsteuersatz das einzige Element, das kurzfristig beeinflusst werden könne. Um der Branche eine Umstrukturierung zu ermöglichen, müsse jetzt gehandelt werden.



Das schweizerische Hoteliergewerbe soll in den Genuss eines Mehrwertsteuer-Sondersatzes kommen.

**20 JAHRE**  
**federer**  
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN  
BUCHS UND VADUZ

*aktuelle Themen*

Positive Bilanz des Amtes für Zollwesen	3
Leserservice	4
Aus der Landtagssitzung	5
Neuerscheinung zum 100. Geburtstag von Kanonikus Frommelt	7
Seniorenseite	8
VOLKSBLATT-Ski-Vorschau-Serie	11
«Angela» verwüstet die Philippinen	20